Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung in West-Canada u. wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Western Canada. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. * * * Telephone 857.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104 — Organ der Deutschen in West Canada — 1819 Scarth Str. Room 104

5. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 15. Mai, 1912. — No. 29.

Verständigungs-Versuch.

Deutscher Botschafter in Konstantinopel soll in sehr wichtiger Mission nach London reisen. — Anbahnung besserer Beziehung das Haupt-Ziel. — Rassenfrage im Reichstag. — Erdbeben in Süddeutschland.

Berlin, den 13. Mai. — Hier verlautet aus allerdings nicht kompetenter, sonst aber stets gut unterrichteten Kreisen, daß Baron Marschall von Bieberstein, Deutschland's Botschafter in Konstantinopel, vom Kaiser ausersehen worden sei, nach London zu reisen, um einen neuen Verständigungs-Versuch zwischen Deutschland und England anzubahnen. Man verspricht sich hier von der Mission dieses geschickten Diplomaten sehr viel. Wie es heißt, wird sowohl die Rüstungsfrage wie das Problem der Bagdadbahn erörtert werden. Es wird gehofft, daß es zu einer völligen Verständigung zwischen den beiden Rival-Mächten zur See kommen und das Kriegs-Gespenst, das zeitweise immer wieder auftauchte, für immer beseitigt werden wird.

Die Rassenfrage im Reichstage.

Berlin, den 13. Mai. — Ungemeines Interesse erregt in ganz Deutschland zurzeit die Erörterung der Mischlingsfrage in den Kolonien, die seit langem weiteten Kreisen ernste Sorge bereitet. Die Budget-Kommission des Reichstags hatte eine Resolution beantragt, die bestimmt, daß Farbige, Mischlinge und Weiße in den deutschen Schutzgebieten rechtlich und sozial gleichgestellt werden sollen. Gegen die Annahme dieser Resolution sprach sich der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. Solf, in der entschiedensten Weise aus. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die weiße Rasse rein zu halten. Zur Rechtfertigung seiner Stellungnahme betonte Dr. Solf, die Negerfrage in den Ver. Staaten sei eine reine Mischlingsfrage. Elf Millionen dortiger Bürger, welche aus Afrika stammten, seien zum kleinsten Bruchteil unvermischt. Die große Mehrheit bildeten Mischlinge aller Nüancen. Die Erfahrung in den Ver. Staaten seien ein warnendes Menetekel. Ein mißverstandener Humanismus, fuhr der Staatssekretär fort, und ein unwürdiges Herabsteigen zu niederen Rassen rächten sich. Der Negersklave in den Südstaaten der amerikanischen Union habe sich besser gefühlt, denn jetzt, da er frei sei. Die Anerkennung der Neger als Bürger und das Ankämpfen eines selbstbewußten Volkes dagegen hätten ungeheuerliche Konsequenzen. Der Neger sei theoretisch frei und könne sogar Präsident werden.

Graf Berchtold's Rede findet in Deutschland Widerhall.

Berlin, den 13. Mai. — Die oberoffiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" beschäftigte sich mit der eingehenden Erklärung, die der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Graf Berchtold vor einigen Tagen im zuständigen Ausschuß der Delegationen über die gesammte politische Lage der Habsburger Monarchie abgegeben und die hier ein lebhaftes Echo gefunden hat. Graf Berchtold hatte in seiner Darlegung besonders betont, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland die festeste Freundschaft bestehe und dies aufs beste durch das Bündnis dokumentiert werde, das nun seit mehreren Jahrzehnten unverändert in Kraft sei.

Erdbeben in Süddeutschland.

Stuttgart, den 13. Mai. — Der Süden Deutschlands, der seit länger als Jahresfrist wiederholt mehr oder weniger starke Erderschütterungen zu verzeichnen hatte, ist in jüngster Zeit wieder von heftigen Erdstößen heimgesucht worden. Besonders heftig waren die Erschütterungen in Württemberg, wo sie sich über ein weites Gebiet erstreckten. Im Neckarkreis waren die Erdstöße am stärksten in Stuttgart und Tübingen fühlbar und im Schwarzwaldkreis in der Gegend von Rottweil.

Deutsche und österreichische Post überfallen.

Araber und Afghanen schießen Beamte auf Fahrt von Jaffa nach Jerusalem nieder.

Jerusalem, den 13. Mai. — Hier besteht eine österreichische auch eine deutsche Postanstalt. Da es der Eisenbahn untersagt ist, die Sendungen der fremden Posten zu befördern, so sind diese gezwungen, ihre Säcke mit Wagen nach Jaffa bringen und von dort holen zu lassen. Jüngst sind nun die beiden Postwagen bei dem Dorfe Beit Dedschem, ungefähr 5 Km. von Jaffa, von einer Räuberbande überfallen worden. Der österreichische Kawatz erhielt acht Schüsse und blieb auf der Stelle tödt, der Kutscher wurde leicht verwundet, zwei Pferde wurden getötet, das dritte gestohlen. Ein großer Teil des Inhalts der Säcke fiel den Räubern in die Hände, darunter 82,000 Franken des Credit Lyonnais. Dem deutschen des deutschen Wagens gelang es, zu entkommen, doch wurde eins seiner drei Pferde erschossen. Die Räuber sind eingewanderte Araber aus Nordafrika. Mit Afghanen zusammen machen sie schon seit längerer Zeit die Umgegend von Jaffa unsicher, so daß sogar die Besitzer der Orangengärten sich nicht getrauen, in ihre Gärten zu gehen. Die Verbrecher scheuen vor keiner Gemeinheit zurück; sie schossen einen Gendarmen, der zufällig des Weges kam, feigerweise über den Haufen. Die Behörden sind dem Treiben gegenüber ganz machtlos.

Italien gewarnt.

Muß Rüstungen an der Nordgrenze einschränken. — Prinz Windisch-Grätz giebt dem aufsteigenden Bundesgenossen deutschen Wink. — Neueinschreibung unter Polizei-Aufsicht. — Erdbeben in Klagenfurt verspürt.

Wien, den 13. Mai. — Eine Aufsehen erregende Rede, die das eigenthümliche Verhältnis Oesterreich-Ungarns und Italiens praktisch illustrirt, hielt Prinz Ludwig zu Windisch-Grätz im Wehrausschuß der ungarischen Delegation. Er führte aus, Italien müsse seine gewaltigen militärischen Anstrengungen an der Nordgrenze gegen Oesterreich-Ungarn aufgeben. Falls es finanziell und sonstwie seine Verpflichtungen dem Dreibund gegenüber zu erfüllen wünsche, könne Italien sein Budget nicht überlasten. Wenn es den Dreibund erhalten sehen wolle, so sei die erste Bedingung, hob der Redner mit Nachdruck hervor, das Aufhören des unsicheren Zustandes an der Grenze der Doppelmonarchie und Italiens. Sämmtliche Redner erklärten sich einverstanden mit den Auseinandersetzungen, die der gemeinsame Minister des Aeußern Graf Berchtold über die politische Lage abgegeben hat.

Sensationeller Zwischenfall.

Ein sensationeller Zwischenfall ereignete sich in der Sitzung der österreichischen Delegation. Der Abgeordnete Lecher erhob gegen den Premier Grafen Stürgkh den Vorwurf, daß er die Verfassung nicht kenne, indem er dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses die Anweisung habe zugehen lassen, die Delegationen einzuberufen. Diese seien vollkommen selbstständig. Der Präsident bestätigte auf Befragen, daß ihm ein solcher Auftrag zugegangen sei. Hierüber gab sich große Erregung kund. Während des Lärms verließ Graf Stürgkh den Sitzungssaal.

Schulereinschreibung unter Polizei-Aufsicht.

Lemberg, den 13. Mai. — Dem „Slavo Polskie" wird aus Przemysl telegraphiert: Unter Polizeiaufsicht haben im ruthenischen Obergymnasium, das wegen des vorösterlichen Demonstrationsstreiks geschlossen wurde, die Neueinschreibungen begonnen. Da die Behörde gewerbliche Demonstrationen befürchteten, wurden aus Lemberg zwanzig Polizeiwachmänner und mehrere Polizeiagenten nach Przemysl entsendet. Die Polizeiwache hat gegenüber dem Schulgebäude Aufstellung genommen. Im Hausflur des Gymnasiums sorgt ein Polizeikommissär mit einem Detektiv für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Der Eintritt in das Anstaltsgebäude wurde den Schülern nur gruppenweise gestattet. Er wurden auch sonst entsprechende Vorsichtsmaßregeln getroffen. Schulinspektor Maychrowski hat Przemysl verlassen.

Erdbeben in Klagenfurt.

Klagenfurt, den 13. Mai. — Hier wurde ein kurzer heftiger Erdstoß verspürt. Er war von unterirdischem Getöse begleitet und hatte die Richtung Ostwest.

Italien spionirt.

Wien, den 13. Mai. — Aus Laibach kommt die Meldung von der Verhaftung dreier italienischer Offiziere, die sich in Zivilkleidung in der dortigen Gegend aufgehalten haben und durch ihr Benehmen den starken Verdacht weckten, daß sie sich zu Spionagezwecken auf österreichischem Gebiet aufhielten. Die Laibacher Behörden meldeten der Verhaftung der drei Italiener große Bedeutung bei und bemühen sich, weiteres Belastungsmaterial aufzutreiben.

Aufruhr greift um sich.

Casablanca, Marokko, 13. Mai. — Die Eingeborenen in den Vororten vom Marokesch, einer der drei marokkanischen Hauptstädte, haben revoltirt. Der Kaid ist ermordet und dann sind die Häuser der Beamten geplündert worden.

Will Bahnen elektrisieren.

Schweiz unternimmt die ersten Schritte zur Elektrisierung ihrer sämtlichen Bahnen. — Wasserfälle sollen zur Kraft-Lieferung benutzt werden. — Schweizerische Handelskammer macht interessanten Vorschlag.

Bern, den 13. Mai. — Neunzehn Abgeordnete aus allen Teilen der Schweiz unterbreiteten dem Bundesrat eine Vorlage, die die Elektrisierung sämtlicher Bahnen des Landes verlangt. Zur Lieferung der erforderlichen elektrischen Kraft sollen sämtliche Wasserfälle, die nahe den Bahnlinien liegen, ausgenutzt werden. Der Hauptzweck dieses gewaltigen Unternehmens ist unter anderem, die schweizer Bahnen vom Auslande hinsichtlich Kohlen-Zufuhr unabhängig zu machen. Die Abgeordneten, die diese Vorlage einreichten, erhielten von der Schweizer Regierung die Zusicherung, daß die ganze Angelegenheit dem Parlament unterbreitet werden wird, sobald es zusammentritt.

Schon seit langem beschäftigte sich die Presse hierzulande mit dem Problem der Elektrisierung sämtlicher Staatbahnen, doch bis jetzt war man ihm noch nie näher getreten, weil man die Frage der Kraftlieferung noch nicht zufriedenstellend lösen konnte. Dies ist nun, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, gelungen und dem genialen Plane steht wenn das schweizer Parlament seine Einwilligung giebt, woran kaum zu zweifeln ist, nichts mehr im Wege. Man beabsichtigt, mehrere große Kraftzentralen und eine größere Anzahl kleiner Kraftstationen zu erbauen. In Eisenbahn-Kreisen ist man der festen Ueberzeugung, daß die Bahnen mit Elektrizität bedeutend billiger als mit Kohle betrieben werden können.

Für einfaches Weltporto.

Bern, den 13. Mai. — Die schweizerische Handelskammer hat die Initiative zur Einführung des „Penny"-Portos für Briefe im gesammten Weltverkehr ergriffen. Der Vorschlag wird wird dem Internationalen Handelskammer-Kongreß unterbreitet werden, der in Boston am 24 September zur Tagung zusammentritt.

Die Hand zum Bunde.

Bern, den 13. Mai. — Die hiesigen gesellschaftlichen Kreise interessirt auf das höchste eine soeben bekannt gegebene Verlobung. Fräulein Alice v. Bülow, die am 24. August 1890 im Haag geborene Tochter des deutschen Gesandten bei der Schweiz, Dr. Alfred v. Bülow, hat dem Fortifikationschef Marchand das Jawort gegeben.

Kriegs-Banknoten.

Genf, den 13. Mai. — Die Schweizer Nationalbank mit Hauptquartier in Genf hat zwanzig Franks-Kriegsbanknoten bis zum Betrag von $6,000,000 drucken lassen, die im Falle eines europäischen Kriegs sofort in Zirkulation gesetzt werden sollen. Der Schöpfer dieser neuen Geldquelle für den Kriegsfall ist der Bank-Direktor Herr Kundert, der auf diesen Gedanken verfiel, als es vorigen Sommer zwischen Deutschland und Frankreich zum Kriege kommen zu wollen schien. Die Banknoten werden für den Bedarfsfall in feuer- und diebessicheren Gewölben aufbewahrt.

Manitoba will seine Elevatoren verkaufen.

System hat sich nicht im Geringsten bewährt. — Getreidebauer-Vereinigung will sie nicht aufkaufen.

Winnipeg, den 13. Mai. — Die Manitoba-Regierung hat genug vom Elevator-„Busineß." D. W. McEuaig, Vorsitzer der Manitoba Elevator Commission, gab bekannt, daß er Order erhalten habe, die Elevatoren am 1. August zu schließen und sie eventuell zu verkaufen. Im Ganzen standen demnach 172 Elevatoren mit einer Kapazität von 4,300,000 Bushel zum Verkaufe aus. Die Nachricht vom Zusammenbruch des Elevator-„Busineß" der Manitoba-Regierung bildete Gegenstand eifriger Diskussion an der hiesigen Getreidebörse. Es verlautet, daß die Regierung die Elevatoren der Getreidebauer-Vereinigung zum Verkaufe angeboten habe, diese sie aber zurückwies, da sie glaubt, daß sie nicht mehr als 25 Cents am Dollar wert sind. Wenn man bedenkt, zu welchen gewaltigen Preisen die Provinzial-Regierung seiner Zeit die Elevatoren aus politischen Rücksichten aufkaufte, so kann man sich ein gutes Bild von der Verschwendung machen, die sich die Provinzial-Regierung hat zuschulden kommen lassen.

Furcht vor Japanern.

Die Magdalenbucht-Angelegenheit veranlaßt lebhafte Diskussion im amerikanischen Bundes-Senat. — Monroe-Doktrin gefährdet. — Gewalttätige Ausschreitungen in den Kohlenfeldern Pennsylvaniens.

Washington, D.C., den 13. Mai. — Weder Japan noch irgend einer anderen auswärtigen Macht darf gestattet werden, direkt oder indirekt durch eine konzessionierte Gesellschaft oder irgend sonstwie eine Kohlenstation oder Flottenbasis an der Magdalenenbucht, oder an einer anderen Stelle, wo sie eine Gefahr für die Ver. Staaten wäre, einzurichten. Wenn die Monroe-Doktrin nicht hinreicht, um diesen Grundsatz durchzuführen, so muß diese eben erweitert oder durch eine neue Erklärung ergänzt werden. Dies ungefähr waren die beiden Hauptpunkte, die die Stimmung des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheit kennzeichneten, nachdem diesem die Botschaft Präsident Tafts zugegangen war, in der dieser als Antwort auf eine Anfrage des Senats die Versicherung abgibt, daß keinerlei Beweise vorliegen, daß Japan mittelbar oder unmittelbar an der Magdalenenbucht Gebiet erworben habe, oder zu erwerben versuche. Der Hauptredner in der an die Verlesung der Botschaft des Präsidenten sich anschließenden Diskussion war Senator Lodge, der Urheber jener Resolution, in der Präsident Taft um Auskunft über die Angelegenheit ersucht wurde. Er vertrat sehr entschieden den Standpunkt, daß die Zeit gekommen sei für die Ver. Staaten, dafür zu sorgen, daß keine fremde Macht in einer ihre Sicherheit gefährdenden Weise sich auf der westlichen Halbkugel festsetzte, und darum habe er die Angelegenheit angeregt, um vorzubeugen und auf diese Weise vielleicht künftige peinliche Differenzen zwischen den Ver. Staaten, Japan und Mexiko zu verhüten. Dieser Zweck, führte der Senator aus, könne seiner Ansicht nach durch Erweiterung der Monroe-Doktrin, oder durch eine besondere Erklärung betreffs der Anlegung von Kolonien auf der westlichen Halbkugel durch fremde Mächte erreicht werden. Noch drastischer als die ersten Redner schilderte Senator Rayner die den Ve. Staaten drohende Gefahr, indem er erklärte, Gebietserwerb auf dem amerikanischen Kontinent vonseiten Japans oder irgend einer anderen auswärtigen Macht, würde geradezu einer Kriegserklärung gleichkommen und die Erwerbung einer Kohlenstation an der Magdalenenbucht würde unbedingt eine solche bedeuten. Schon abgesehen von der Monroe-Doktrin dürfte eine solche nie zugelassen werden; die Frage, wie verhütet werden könne, daß eine japanische Privatgesellschaft in Mexiko Land erwerbe, sei allerdings eine sehr heikle, gab Senator Rayner zu, eben deshalb sei es Sache des Bundessenats, ein Lösung zu finden.

Ausschreitungen von Minenarbeitern.

Pottsville, Pa., den 13. Mai. — Zu ernsten Unruhen ist es im Gebiet der pennsylvanischen Antrazit-Kohlenfelder gekommen. Als die streikenden Bergleute, meistens Ausländer, eine Massenversammlung abhielten, wurden sie von einem Aufgebot der Staats-Polizei zum Weitergehen aufgefordert. Diesem Ersuchen kamen die 2,000 bis 3,000 Bergarbeite jedoch nicht nach. Daraufhin feuerten die Staats-Konstabler eine Salve in die Volks-Menge. Vier Arbeiter erlitten lebensgefährliche Verletzungen, denen sie wahrscheinlich erliegen werden. Eine Frau erlitt eine Arm-Verletzung und etwa ein Dutzend andere Ausländer wurden mehr oder minder schwer verletzt. Man befürchtet weitere schwere Ausschreitungen.

Amerika greift ein.

Athen, den 13. Mai. — Trotz der Proteste des amerikanischen und des griechischen Konsuls ist der Kapitän des vor einigen Tagen vor dem Meerbusen von Smyrna aufgetauchten Dampfers „Texas" mit Gewalt aus dem griechischen Hospital geholt und nach einer türkischen Gefängnisklinik geschafft worden. Von türkischer Seite wird er beschuldigt, im Interesse Italiens spionirt zu haben. Der amerikanische Konsul hat die Botschaft in Konstantinopel in Kenntnis gesetzt, und dem Vernehmen nach sind der erste Sekretär der Botschaft und der Kapitän eines amerikanischen Wachtschiffes, nach Smyrna geschickt worden.

Südlichere Linie.

Washinton, 13. Mai. — Das hydrographische Bureau der Bundesregierung kündigte an, daß der Kurs der transatlantischen Dampfer um sechzig Seemeilen südlicher gelegt worden ist, da sich in dem bisherigen Kurs zurzeit zu viele Eisberge befinden.

Ein eifriger Verteidiger.

Premier Asquith tritt für Botschafter Bryce im englischen Parlament ein. — Rechtfertigt dessen Haltung bei der Reziprozitäts-Frage. — Verhandlungen unterstanden lediglich der Kompetenz Canadas.

London, den 13. Mai. — Mit den Versuchen, die angeblichen Verschwörer bloszustellen, die von ihren politischen Gegnern in Verbindung mit Präsident Tafts Plänen für Reziprozität mit Kanada des Hochverrathes beschuldigt werden, wurde im Unterhaus von Arthur Shirley Benn und Henry Pagel Croft, Unionisten begonnen. Sie überwältigten Premier Asquith geradezu mit Fragen mit Bezug auf die veröffentlichte Korrespondenz zwischen Präsident Taft und Theodore Roosevelt, worin Präsident Taft gesagt haben soll, kanadische Reziprozität dürfte wohl dazu führen, aus Kanada ein Anhängsel zu den Ver. Staaten zu machen. Premier Asquith, der augenscheinlich wegen des Angriffes sehr böser Laune war, wies die auf Botschafter James Bryce in Washington geworfenen Verdächtungen entschieden zurück und sagte, der Botschafter hätte in keiner Weise, die Ansichten oder Politik der früheren kanadischen Regierung beeinflußt und daß er, da die Korrespondenz zwischen Präsident Taft und Theodore Roosevelt privater Natur war, von dem Inhalt derselben hätte keine Kenntniß haben können. Nicht weniger als elf Fragen, die sich alle auf denselben Gegenstand beziehen, wurden dem Premier vorgelegt, der darauf eine allgemeine Antwort abgab. Er sagte:

„Ich habe Auszüge aus der Korrespondenz gelesen, die zwischen Präsident Taft und Herren Roosevelt gewechselt worden zu sein scheint und die in der Presse veröffentlicht wurde. Ich weiß darüber weiter nichts als daß, da die Korrespondenz konfidentiell und privat war, es augenscheinlich ist, daß der britische Botschafter keine Kenntniß von dem Inhalt haben konnte, noch konnte er den Inhalt zur Kenntniß der britischen Regierung bringen. Soweit wir wissen, enthält diese Korrespondenz nichts, das die Beziehungen zwischen der kaiserlichen und kanadischen Regierung involvieren könnte oder unsere Ansichten darüber, was zum gegenseitigen Vortheil von Großbritannien und Kanada ist. **Die Frage, was für Kanada am vortheilhaftesten wäre, geht in erster Linie die kanadische Regierung an.** Angesichts dieser Fragen muß ich diese Gelegenheit benützen, um ganz emphatisch die Verdächtungen gegen Herren Bryce, die darin enthalten sind, zurückweisen. Herr Bryce hatte mit den Ansichten oder der Politik der kanadischen Regierung nichts zu thun. Die Unterhandlungen wurden von Kangda aus begonnen und geführt und der britische Botschafter befuchte wie es seine einfache Pflicht war, William S. Fielding, den damaligen kanadischen Finanzminister, von Zeit zu Zeit während der Konferenzen in Washington, um alles in Erfahrung zu bringen, dessen Kenntnis für ihn von Nutzen sein konnte. Er mischte sich nicht in die Konferenzen ein, aber wenn um Rath gefragt, gab er ihn und alle britischen Unterthanen, die mit legitimen und wichtigen Angelegenheiten beschäftigt sind, haben das Recht, das zu erwarten. Hätte Herr Bryce sich in die Unterhandlungen eingemischt, die in Washington über Angelegenheiten geführt wurden, **welche ausschließlich der Kompetenz Kanadas unterstanden, so würde die kanadische Regierung diese Einmischung sicher ganz entschieden zurückgewiesen haben."**

Deutsches Schiff angeblich verschollen.

Dampfer „Augsburg" mit wertvoller Ladung wird als gesunken gemeldet.

New York, den 13. Mai. — Man fürchtet in hiesigen Reederkreisen, daß die „Augsburg," ein deutscher Dampfer, mit der Besatzung und einer wertvollen Ladung untergegangen ist. Der deutsche Kreuzer „Bremen", der von Bermuda abgefahren war, um nach der „Augsburg" zu suchen, meldete, keine Spur von dem Schiff gefunden zu haben.

Mine sprengt Schlepper.

Vier Offiziere, zwölf Soldaten sowie Schiffmannschaft umgekommen.

Konstantinopel, 13. Mai. — Ein kleiner Schleppdampfer, der mit Besichtigung der Kanalbojen in den Dardanellen beschäftigt, war, ist gegen eine Unterseemine angerannt und in die Luft geflogen. Vier Offiziere und zwölf Soldaten, sowie die gesammte Mannschaft fanden auf der Stelle den Tod.

Englische Untersuchung.

Aussagen vor „Titanic"-Untersuchungs-Komitee in London zeigen, daß keine Ordnung und Disziplin an Bord des Schiffes herrschte. — Interesse en Untersuchung flaut wieder ab.

London, den 13. Mai. — Die Gleichgültigkeit des englischen Publikums gegenüber der Untersuchung der Handelskammer über den Untergang der Titanic, zeigte sich, als die Kommission unter dem Vorsitze von Lord Mersey die Untersuchung aufnahm. Der erste Zeuge, der vernommen wurde, war George Beauchamp, ein Heizer der Titanic, der folgende Aussagen machte:

„Ich wußte nicht, zu welcher Bootmannschaft ich gehörte. Ich hörte, daß an jenem Morgen eine Liste aufgestellt worden sei, aber ich habe sie nicht gesehen. Vorher war keine Liste aufgestellt worden. Ich wußte nicht, wohin ich gehen sollte, deshalb ging ich auf das Bootdeck und begab mich zu dem Rettungsboot No. 13 an der Starbordseite. Ich half Frauen und Kinder in das Boot bringen. Es war ein Offizier zur Stelle, und als das Boot gefüllt war, gab er Befehl zum Herablassen. Im ganzen waren sechzig bis siebzig Personen in dem Boot. Alles ging ordnungsgemäß zu, und die Leute waren vollkommen ruhig." Beauchamp fügte hinzu, er wisse nicht, ob die Passagiere in dem Rettungsboot zur ersten oder zur dritten Klasse gehörten. In dem Boot war kein Licht, kein Kompaß, kein Wasser und keine Lebensmittel. Jedermann suchte danach. Ferner bezeugte Beauchamp, daß er an keiner Bootübung auf der Titanic theilgenommen habe, er habe auch nicht bemerkt, daß solche Uebungen vorgenommen wurden. Er erklärte, er sei zehn Jahre zur See gefahren, und auf den meisten Schiffen auf denen er gefahren sei, habe jede Woche eine Bootübung stattgefunden. Er berichtete ferner, daß ein Heizer das Kommando von Boot No. 13 übernommen habe.

Das Parlamentsmitglied Thomas Scanlan, der als Repräsentant für die Union der Seeleute und Heizer an der Untersuchung theilnimmt, fragte Beauchamp:

„Haben Sie jemals vorher gehört, daß ein Heizer das Kommando eines Rettungsbootes übernommen hat?"

Lord Mersey erklärte, daß die Frage nicht zulässig sei.

Deckoffizier Robert Hichens bezeugte, daß er um acht Uhr abends auf der Brücke der Titanic Dienst that. Er hörte, wie der zweite Offizier Lightoller dem Mann im Mastkorb durch das Telephon den Befehl gab, scharfen Ausguck nach Eisbergen zu halten. Hichens übernahm den Dienst am Steuer um zehn Uhr abends. Das Logbuch habe gezeigt, daß in zwei Stunden 15 Knoten zurückgelegt worden seien, und es sei keine Aenderung in der Schnelligkeit eingetreten, bis die Titanic um 10.40 Uhr mit dem Eisberg zusammenstieß. Obwohl Hichens niemals einem Rettungsboot förmlich zugewiesen worden war, so hatte er doch angenommen, daß bei eine mUnglücksfalle die beiden dienstthuenden sie übernehmen sollten. Er wußte nicht, welches von beiden ihm zugewiesen war. Hichens fuhr dann in seinen Aussagen fort: „Soweit ich mich erinnern kann, wurde mir keines von beiden übergeben. Auch habe ich keine Liste gesehen, wonach den Leuten ihre Plätze an den Booten zugewiesen wurden. Es ist üblich, eine Liste bei den Feuerstationen und bei den Bootsstationen aufzuhängen, wo jedermann sie sehen kann. Jedes Schiff, auf dem ich gefahren bin, hatte Musterungs- und Bootsübungen. Auf der Titanic habe ich keine gesehen." Hichens erzählte ferner, er sei an Bord der Titanic gegangen, vier Tage bevor sie ihre Reise antrat. Während er versuchte, ein zerlegbares Boot zu Wasser zu bringen, befahl ihm ein Offizier ein anderes Rettungsboot zu besteigen. Dies Boot hatte eine Besatzung von zwei Mann und 45 Passagieren. Es waren sämtliche Frauen, mit Ausnahme von Major Peuchen und einem Knaben. Das Boot hätte fünf oder sechs Personen mehr fassen können. Es war ein Faß Wasser an Bord aber kein Kompaß. Soweit er sich erinnern konnte, war auch kein Zwieback in dem Boot. Bevor das Boot zu Wasser gebracht wurde, übergab man Hichens eine Lampe. Das Boot nahm den Kurs auf ein Schiff zu, das fünf Meilen entfernt war. Die Lichter des Schiffs waren deutlich zu sehen, verschwanden aber allmählich. Nach Hichens Ansicht hätten die Boote bei gutem Wetter wenigstens mit fünf Seeleuten bemannt werden sollen.

Lord Mersey fragte: „Würden die Rettungsboote überhaupt irgend welchen Zweck gehabt haben, wenn rauhe See war?"

Der Offizier entgegnete emphatisch: „Ich bin sicher, daß sie keinen Zweck gehabt haben würden."

Die Besatzung war in der Handhabung der zerlegbaren Boote nicht instruiert worden, obgleich diese schwerer zu handhaben sind, als die anderen Boote.

Die mexikanischen Wirren.

Gomez nimmt Stellung als provisorischer Präsident an. — Zwei russische Staatsangehörige abgeschoben. — Chinesen flüchten aus Coahuila. — Regierungs-Truppen sollen die Rebellen geschlagen haben.

El Paso, Tex., den 13. Mai. — Emilio Vasquez Gomez, der sich von El Paso, Tex., seinem bisherigen Hauptquartier, über die Grenze nach Juarez, Mex., begeben hatte, wurde dort von den Rebellen zum provisorischen Präsidenten der Republik Mexiko ausgerufen und bestimmte Juarez zur vorläufigen Hauptstadt. Gomez gab um 1 Uhr nachmittags bekannt, daß er die ihm von General Pascual Orozco, dem Führer der revolutionären Truppen, angetragene provisorische Präsidentschaft übernehme. Gomez wurde bei seinem Eintreffen von einer Abordnung von Rebellen an der Grenze empfangen, die ihn nach dem Zollhause geleitete, in dem vor einem Jahre am 10. Mai nach dem Fall von Juarez Madero sich als provisorischer Präsident etablirt hatte.

Russen ausgewiesen.

Stadt Mexiko, den 13. Mai. — Die auf Grund des berüchtigten Artikels 33 (Verbannung gefährlicher Fremder) erfolgte Ausweisung von A. Z. und Joseph Rattner, dem Präsidenten, bzw. Geschäftsleiter der Tampico Nachrichten-Gesellschaft und Händlern in allgemeinen Kaufmannsgütern, hat in der Hauptstadt beträchtliches Aufsehen erregt. Die Rattners, die russische Staatsangehörige sind, waren beschuldigt, Waffen an Zapatisten geliefert zu haben. Mehrere Revolutionäre sollen mit Waffen und Munition, die den Stempel der Tampico-Gesellschaft trugen, ergriffen worden sein.

Chinesen fühlen sich in Mexiko nicht mehr sicher.

Washington, D.C., den 13. Mai. — Mehrere hundert Chinesen, die aus dem mexikanischen Staate Coahuila geflohen sind, weil ihr Leben bedroht ist, haben sich mit der Bitte an die Regierung der Vereinigten Staaten gewandt, ihnen zeitweilig den Aufenthalt in Texas zu gestatten. Den Chinesen sind die Morde und Greueltaten während der letzten mexikanischen Revolution noch frisch in der Erinnerung. Sie kommen durchweg nach Piedras Negras, gegenüber von Eagle Paß, Texas.

Sieg der Regierungs-Truppen gemeldet.

Torreon, Mex., den 13. Mai. — Nach zuverlässigen Nachrichten, die Torreon, Mexiko, erreichten, hat General F. T. Aubert eine Abteilung Rebellen bei Canon de Carmen geschlagen; die letzteren sollen an Toten und Verwundeten gegen hundert Mann verloren haben. General Huerta ging Torreon nach Bermejillo ab, und gleichzeitig begann der Vormarsch seiner zwischen 8000 und 10,000 Mann zählenden Truppen nach dem Norden, den Rebellen unter Orozco entgegen. Die Stimmung unter den Truppen soll eine ausgezeichnete sein, und eine entscheidende Schlacht wird in allernächster Zukunft erwartet.

Tausend Gefangene.

Der Gouverneur der türkischen Insel Rhodus meldet bedeutenden Sieg über die Italiener.

London, 13. Mai. — Der Gouverneur der türkischen Insel Rhodus, auf der vor einigen Tagen italienische Truppen gelandet sind, telegraphirt: „Wir haben einen Sieg errungen und 1000 Italiener gefangen genommen." Die Nachricht ist in einer aus Pera, in der Türkei, vom 8. Mai datirten Depesche hierhergelangt.

Stambul, Türkei, 13. Mai. — Von dem Bali von Smyrna ist eine Meldung eingegangen, laut welcher die italienischen Truppen eine schwere Niederlage auf der Insel Rhodus erlitten haben; 1000 Mann wurden gefangen genommen und eine große Anzahl wurde getötet oder verwundet. Der Bali theilt mit, daß er die Nachricht per Heliograph von Rhodus erhalten habe. Die türkische Regierung erwartet Bestätigung des Berichts, ehe sie ihn amtlich veröffentlicht.

tisch: „Ich bin sicher, daß sie keinen Zweck gehabt haben würden."